

Antrag

der Abgeordneten **Landbauer, MA, Königsberger, Aigner, Dorner, Handler, Vesna Schuster** gemäß § 32 LGO 2001

betreffend: **NEIN zur CO₂-Bepreisung – Keine neuen Steuern**

Die Kosten des täglichen Lebens sind seit Monaten im Steigen begriffen und unsere Landsleute sind einer massiven Teuerungswelle ausgesetzt. Das belegen die jüngsten Zahlen der Statistik Austria. Die Inflationsrate für September 2021 lag bei 3,3 Prozent, nach 3,2 Prozent im August. Damit stieg die Teuerung im September 2021 erneut auf den höchsten Wert seit November 2011. Der Preisanstieg für Verkehr (durchschnittlich + 9,4 Prozent) beeinflusste die Inflationsrate mit + 1,29 Prozent und zählt damit zum stärksten Preistreiber im Jahresabstand. Die Treibstoffe stiegen im Monat September um 23,6 Prozent und damit nochmals stärker als im Vormonat August (+ 23,1 Prozent). Die Bereiche Wohnen, Wasser und Energie verteuerten sich im September um durchschnittlich 3,9 Prozent. Die Haushaltsenergiepreise stiegen im Durchschnitt um 10,3 Prozent. Dazu trugen vor allem Teuerungen für Heizöl (+ 34,1 Prozent) sowie für Strom (+ 7,4 Prozent) bei. Die Preise für Gas stiegen um 11,7 Prozent, für Fernwärme um 3,5 Prozent und für feste Brennstoffe um 4,1 Prozent. Die Instandhaltung von Wohnungen verteuerte sich durchschnittlich um 6,1 Prozent.

Zusätzlich zu dieser für alle Landsleute spürbaren und für viele Landsleute dramatischen Preisentwicklung hat die Bundesregierung eine CO₂-Bepreisung beschlossen, die ab 1. Juli 2022 in Kraft treten wird und jährlich angehoben werden soll. Es ist unbestritten, dass die CO₂-Bepreisung insbesondere die Kosten für Treibstoff, Energie und Heizen in die Höhe treiben wird. Vor allem Klein- und Mittelverdiener werden die Mehrkosten durch die CO₂-Steuer stark zu spüren bekommen.

Es gilt festzuhalten, dass mit der CO₂-Steuer eine zusätzliche Umweltsteuer eingehoben wird. Das bestätigt auch der Leiter der Agenda Austria, Franz Schellhorn. „Hierzulande wird ja neuerdings so getan, als gäbe es keine CO₂-Steuern. Dabei gibt es sie längst, sie heißen nur anders“, so Schellhorn.

Fakt ist, dass bereits jetzt in Österreich jährlich mehr als 15 Milliarden Euro an sogenannten Umweltabgaben eingenommen werden. Das sind um 34 Prozent mehr als noch vor 10 Jahren. Das höchste Aufkommen generiert der Staat mit der Mineralölsteuer (jährlich ca. 4,74 Milliarden Euro). Zu den umweltrelevanten Abgaben in Österreich zählen u.a.: Mineralölsteuer, Motorbezogene Versicherungssteuer, LKW-Maut, Energieabgabe, Normverbrauchsabgabe (NoVA), Vignette, KFZ-Zulassungssteuer, Sondermaut, Emissionszertifikate, Altlastenbeitrag, Flugticketabgabe, Kraftfahrzeugsteuer.

In Anbetracht der massiven Teuerung in vielen Bereichen des täglichen Lebens ist eine zusätzliche Steuerlast für die österreichische Bevölkerung in keiner Weise sozial verträglich, sondern befeuert die Armut und treibt viele Landsleute in die Schuldenfalle. Die Gefertigten stellen daher den

Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die NÖ Landesregierung wird ersucht, die Bundesregierung, insbesondere den zuständigen Bundesminister für Finanzen, aufzufordern, keine neuen Steuern einzuführen und die geplante CO₂-Bepreisung zu stoppen.“

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem Wirtschafts- und Finanzausschuss zuzuweisen.